

Kultur, Religion, Politik Über den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft

Das Verhältnis von Politik zu Kunst und Kultur ist ein seit jeher offenkundig unvermeidbares Spannungsverhältnis, das sich weit in die Geschichte zurückverfolgen lässt. Für das 21. Jahrhundert erweist es sich als ebenso konstitutiv wie kontrovers. Ob eine Gesellschaft über die notwendigen inneren Bindungskräfte verfügt, die zugleich mehrheitlich anerkannt und belastbar sind, ist eine hochpolitische Frage. Wie eine Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt stiftet und bewahrt, ist sogar eine existenzielle Frage, die von der Politik nicht alleine und schon gar nicht abschließend beantwortet werden kann.

Eine der fundamentalen Errungenschaften unserer – wie wir jedenfalls glauben – aufgeklärten Zivilisation beruht auf der Einsicht, dass es eine abschließende Beantwortung der Wahrheitsfrage nicht gibt, dass wir zumindest zu einer solchen abschließenden und allgemein verbindlichen Antwort nicht in der Lage sind. Diese Einsicht macht Politik nötig und Demokratie als Legitimation von Normen durch Verfahrensregeln möglich: Über absolute Wahrheiten lässt sich nicht durch Abstimmungen entscheiden, Wahrheiten sind auch nicht durch Mehrheiten zu beschließen, wie umgekehrt Mehrheiten per se nicht wahrheitsfähig sind. Genau deshalb entschließt sich die Demokratie, verbindliche Entscheidungen, die eine Gesellschaft von Zeit zu Zeit zweifellos braucht, prinzipiell nicht über Wahrheitsansprüche zu begründen, sondern über eine Verfahrensregel: Es soll das gelten, was die Mehrheit für richtig hält. Und dies gilt mit dieser Verfahrensregel auch dann, wenn es nicht wahr ist.

Wahrheitsansprüche zur politischen Legitimation sind mit einem demokratisch verfassten System also prinzipiell unvereinbar. Wer das, was er selbst für richtig hält, mit einem Wahrheitsanspruch verbindet, kann und muss für sich demzufolge auch Mehrheitsentscheidungen dagegen akzeptieren. Und wer sich bei der Verfolgung seiner eigenen Interessen Mehrheitsentscheidungen unterwirft, hat prinzipiell eingeräumt, dass seine Auffassung über bestimmte Interessen nicht mehr und nicht weniger wahr sein können als andere auch. Und er hat ebenso akzeptiert, dass die Verbindlichkeit einer Entscheidung sich nicht aus dem vermeintlichen Nachweis der wahrheitsmäßigen Richtigkeit dieser Position herleitet, sondern aus der Vereinbarung, dass sie gilt, weil eine Mehrheit sie akzeptiert hat.

Diese prinzipielle Unvereinbarkeit zweier ganz unterschiedlicher Legitimationsmechanismen zur Begründung von Geltungsansprüchen hat zur Folge, dass eine funktionierende Demokratie auf der sauberen Unterscheidung von Politik und Kultur beziehungsweise Politik und Religion beruhen muss. Nur

dann, wenn der Staat diese beiden prägenden Orientierungen in ihrer jeweiligen Eigengesetzlichkeit begriffen und sorgfältig unterschieden hat, ist die Freiheit einer Gesellschaft möglich, die der Überzeugung Raum gibt, dass Menschen nicht nur unterschiedliche Interessen haben, sondern auch einen Anspruch darauf, diese verfolgen zu dürfen – wobei sie sich dabei wiederum an die Verfahren und Regeln halten müssen, die für alle gelten.

Was stiftet eigentlich den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft, der notwendig ist, um den demokratischen Legitimationsmechanismus und vorhandene Spannungsverhältnisse nicht nur durchzuhalten, sondern mit unterschiedlichen Überzeugungen gemeinsam zu leben? Das, was eine Gesellschaft im Inneren zusammenhält, ist offenkundig Kultur, natürlich nicht im engeren Verständnis von Kunst, Literatur, Theater, Tanz und Musik, sondern Kultur verstanden als die Summe der Erfahrungen, die eine Gesellschaft mit sich selbst gemacht hat, der gemeinsamen Geschichte, die sie miteinander verbindet, der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Überzeugungen, die über Generationen gewachsen sind und von deren Geltung jedenfalls die große Mehrheit einer Gesellschaft überzeugt ist. Dieses Maß an Gemeinsamkeiten, das die Menschen einer Gesellschaft in all ihren Individualitäten miteinander teilen, stiftet Zusammenhalt. Wenn diese kulturelle Verbindung verloren geht, warum auch immer, geht auch der innere Zusammenhalt einer Gesellschaft verloren. Dieser innere Zusammenhalt kann nicht durch Wirtschaft gestiftet werden, nicht durch Märkte, schon gar nicht durch Geld. Und er wird auch nicht durch Politik gestiftet.

Was eine Gesellschaft im Inneren zusammenhält, sind also Überzeugungen, Orientierungen, Erfahrungen, von denen sie über Generationen hinweg den Eindruck gewonnen hat, dass sie einen Geltungsanspruch haben, zumindest haben dürfen, vielleicht sogar haben müssen.

Im Vorwort zum Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages über Kultur in Deutschland aus dem Jahre 2007 heißt es: „Kultur ist kein Ornament, sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dies zu sichern und zu stärken.“¹ Zum besseren Verständnis empfiehlt sich dazu der vielzitierte Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der freiheitliche säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren könne.² Selten hingegen wird der Folgesatz zitiert: „Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und des autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzu-

¹ BT-Drs. 16/7000 (11.02.2007), Vorwort, S. 4.

² Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt/Main 1976, S. 60.

fallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“³ In diesem kühnen Versuch eines Staatsrechtlers, in zwei Sätzen gleichsam 500 Jahre Religions- und Zivilisationsgeschichte zusammenzufassen, erscheinen mir mindestens zwei Hinweise besonders bemerkenswert. Der eine ist der wie mir scheint bis heute unverändert richtige Hinweis darauf, dass gerade der säkularisierte Staat in seinem Selbstverständnis und in seinen Aktionsmechanismen auf Voraussetzungen beruht, die er selber nicht herstellen kann. Und der zweite Hinweis, der heutzutage aber so kaum mehr geteilt werden kann, ist die von Böckenförde reklamierte Ableitung dieser „Geschäftsgrundlage“ des säkularisierten Staates aus der, wie er es formuliert hat, „Homogenität der Gesellschaft“. Dass wir in den modernen europäischen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts in kulturell wie sozial homogenen Verhältnissen leben würden, werden wohl die allerwenigsten noch annehmen wollen. Hier begegnet uns statt dessen längst eine gründlich veränderte Realität, die zwar an dem von Böckenförde gefundenen konzeptionellen Zusammenhang nichts ändert, aber deutlich macht, dass sich jene „Geschäftsgrundlage“ noch einmal deutlich verkompliziert hat.

Die einschlägige Diskussion über solche Zusammenhänge hat jedenfalls in Deutschland regelmäßig die Behauptung zur Folge, dass der innere Zusammenhalt einer modernen Gesellschaft wie der unseren gerade nicht durch kulturell gewachsene Überzeugungen gestiftet würde, sondern durch Verfassungen. Eine Verfassung formuliere das, was in einer Gesellschaft Geltung beanspruche und beanspruchen könne, und nur das, was sie formuliere, könne verbindlich Geltung beanspruchen – für alle, unabhängig davon, ob sie diese Überzeugung teilen oder nicht. Demzufolge komme es in einer modernen Gesellschaft nicht auf kulturelle und schon gar nicht auf religiöse Überzeugungen an, sondern ausschließlich auf die rechtlich formulierten, für alle verbindlichen und einklagbaren Geltungsansprüche einer Verfassung.

Dieses Credo ist zwar nicht ganz falsch, aber noch weniger völlig richtig. Denn hierbei wird geflissentlich übersehen, was mit Verfassungen tatsächlich formuliert wird: Verfassungen beschreiben bei genauerem Hinsehen nichts anderes als die grundlegenden Überzeugungen, die in einer Gesellschaft Geltung haben sollen. Und sie beziehen sich dabei ausdrücklich oder implizit auf jene gemeinsamen Erfahrungen, die eine bestimmte Gesellschaft mit sich selbst gemacht hat, und auf damit verbundene Orientierungen und Überzeugungen, die über Jahrhunderte und meist über Generationen hinweg in einer Gesellschaft gewachsen sind. Verfassungen sind also keineswegs Ersatz für die Überzeugungen einer Gesellschaft, sie sind vielmehr der im Nachhinein formulierte Ausdruck ihrer zuvor gewonnenen Gewissheiten. Demzufolge gehört wenig Mut zu der Prognose, dass die Verfassungen die Stabilität einer politischen Ordnung ganz sicher nicht mehr garantieren können, wenn die Überzeugungen verloren gegangen sind, die in ihnen artikuliert wurden.

³ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt/Main 1976, S. 60.

Die Verknüpfung zwischen Politik und Religion ist deswegen möglicherweise nirgendwo enger als ausgerechnet in jenen Verfassungen, die andere gerne als Nachweis für die Überholtheit des geschilderten Zusammenhangs ausgeben. Dafür ist unser Grundgesetz ein überzeugendes Beispiel. Das Grundgesetz ist ein hochideologischer, tief religiös geprägter Text, mit entsprechend normativen Ansprüchen an die Gestaltung einer modernen Gesellschaft. Das beginnt mit der Präambel und ihrer prominenten Formulierung eines „Bewusstseins der Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Eine Formulierung, die in einer Verfassung keineswegs stehen muss, aber eben in unserer Verfassung steht – was mit Blick auf unsere jüngere Vergangenheit eben kein Zufall ist. Und es setzt sich in Artikel 1 fort, der als Introduction für den Grundrechtsteil des Grundgesetzes steht.

Wegen dieser konstitutiven Verknüpfung zwischen Politik und Religion in unserer Verfassung ist es auch nicht wirklich überraschend, warum sogar Jürgen Habermas, der als Vertreter schlechthin des säkularen Vernunftdenkens gilt und sich selbst als „religiös unmusikalisch“ apostrophiert, diesen fundamentalen Zusammenhang nicht nur zu akzeptieren bereit ist, sondern ihn ausdrücklich reklamiert. Seit seiner denkwürdigen Dankesrede bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels hat Jürgen Habermas die Bedeutung von Religion für die Legitimation säkularer Gesellschaften immer wieder herausgearbeitet.⁴ Er legt überzeugend dar, dass der säkulare, freiheitliche, weltanschaulich neutrale Staat ein Interesse an Weltanschauungen haben müsse und religiöse Betätigungen nicht behindern dürfe, weil er selber ein Interesse an den Quellen haben müsse, aus denen sich sein Selbstverständnis speist. Jürgen Habermas betont ebenso unmissverständlich die andere Seite dieses notwendigen Begründungsverhältnisses, dass nämlich der demokratisch verfasste Staat gleichzeitig die Anerkennung des Prinzips der weltanschaulich neutralen Herrschaftsausübung erwarten müsse: „Jeder muss wissen und akzeptieren, dass jenseits der institutionellen Schwelle, die die Öffentlichkeit von Parlamenten und Gerichten, Ministerien und Verwaltungen trennt, nur säkulare Gründe gelten.“⁵ So zentral und unverzichtbar weltanschauliche Überzeugungen also für individuelles Verhalten und Orientierung auch sein mögen, sie können und dürfen nicht in Konkurrenz zu der ausgeführten Legitimationsfigur demokratischer Entscheidung treten und diese erst recht nicht ersetzen wollen.

⁴ Vgl. Jürgen Habermas, Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2001, etwa S. 13: „Die Suche nach Gründen, die auf allgemeine Akzeptabilität abzielen, würde (...) die säkulare Gesellschaft nur dann nicht von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung abschneiden, wenn sich auch die säkulare Seite ein Gefühl für die Artikulationskraft religiöser Sprachen bewahrt. Die Grenze zwischen säkularen und religiösen Gründen ist fließend“, Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Internetseite.

⁵ Jürgen Habermas, Religion in der Öffentlichkeit, S. 136, in: ders., Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt/Main 2006.

Religionen sind weltweit nicht aus der Politik verschwunden, zu keinem Zeitpunkt. Im Gegenteil, gerade jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, erleben wir eine weltweite Revitalisierung der Bedeutung von Religion im öffentlichen Raum und nicht ihre Marginalisierung. Offenbar steht der entgegengesetzten Wahrnehmung die spezifisch europäische Erfahrung im Wege, denn sie erweist sich alles andere als repräsentativ, um die globale Entwicklung in ihrer tatsächlichen Ausprägung wahrzunehmen. Und beinahe bis zum Überdruß wird in den seit Jahren stattfindenden Auseinandersetzungen zum Thema Religion und moderne Gesellschaft die Vermutung propagiert, die Säkularisierung und der Verlust, möglicherweise die Preisgabe religiöser Überzeugungen, sei der unvermeidliche Preis der Moderne. Beide Annahmen haben sich nachweislich als falsch erwiesen. Es gibt indessen auffällige, teilweise erschreckende Instrumentalisierungen und eine Politisierung von Religion mit fundamentalistischen Ansprüchen. Wir haben es insofern heute in Zeiten der Globalisierung mindestens mit zwei Formen von Religiosität zu tun. Die eine ist die persönliche Religiosität im Rahmen gesicherter rechtsstaatlicher Demokratie als ein geschützter Raum persönlicher Entfaltung, die andere ist eine politisierte Religion mit fundamentalistischen Machtansprüchen, die inzwischen global eine besorgniserregende Verbreitung erreicht hat.

In dieser Entwicklung sehe ich übrigens auch das eigentliche Dilemma der demokratischen Öffnung in arabischen Staaten, für die wir in einem verselbstständigten Wunschdenken vorschnell den Begriff „Arabischer Frühling“ gefunden haben. Das Dilemma liegt aus meiner Sicht darin, dass die Überwindung autoritärer Regime, wie sie in diesen Staaten in einer bemerkenswerten Weise stattgefunden hat, gerade bei religiös geprägten Bevölkerungsgruppen einen religiös-fundamentalistischen Gestaltungsanspruch der neuen Gesellschaft nach sich zieht, der mit dem Liberalisierungs- und Demokratisierungsversprechen dieses Aufbruchs prinzipiell unvereinbar ist. Es bestätigt sich im Übrigen auch von dieser Seite, dass die zentrale Frage moderner Gesellschaften die Frage nach dem Verhältnis von Religion und säkularer Gesellschaft ist: Wie viel Religion erträgt eine moderne aufgeklärte liberale Gesellschaft? Wie viel Religion braucht ein demokratischer Staat als Mindestvoraussetzung für die Stiftung inneren Zusammenhalts unter Wettbewerbsbedingungen einer funktionierenden Demokratie?

Was in diesem eben von mir skizzierten großen Zusammenhang von Kunst, Kultur, Religion und Politik das Sonderverhältnis von Kunst und Politik betrifft, möchte ich gerne das Zitat von Joseph Beuys vorausschicken: „Da Politik Kunst sein muss, darf die Kunst, die Politik sein will, sich nicht nur damit begnügen, politische Thematik direkt kritisch abzubilden, sondern muss höhere Organisationsformen des Menschen provozieren.“⁶ Dass damit sowohl die Politik wie die Kunst in ihren Möglichkeiten hoffnungslos überfordert wür-

⁶ Zitiert nach Ursula Frohne, Kunst und Politik, Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, Schwerpunkt: Politische Kunst heute, V&R Unipress, 2007.

den, erschließt sich den meisten hoffentlich auch ohne nähere Erläuterung. Jedenfalls erinnere ich daran, dass nicht überall, gleichwohl bei uns – entsprechend unserem Politikverständnis – die Kunst- und Kulturförderung eine unbestrittene staatliche Aufgabe ist. Dass dies nicht zwangsläufig so sein muss, lässt sich an gegenteiligen Fällen in zweifellos auch demokratisch verfassten Staaten beobachten. Wichtig erscheint mir auch hier wieder eine eher prinzipielle Frage, nämlich die nach der Zuständigkeitsverteilung: Der Staat ist nicht als „Großkünstler“ für Kunst und Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfinden und sich entfalten können. Die wichtigste Aufgabe des Staates gegenüber Kunst und Kultur ist nicht die direkte finanzielle Förderung von Einzelprojekten, sondern die Sicherung freier Entfaltungsmöglichkeiten und Gestaltungschancen. Während finanzielle Mittel keineswegs nur durch staatliche Haushalte aufgebracht werden können – wenngleich sie bei uns traditionell überwiegend von diesem Sektor aufgebracht werden – der Staat also prinzipiell durch andere Finanziers ersetzbar ist, kann die Gewährleistung von freien Arbeitsbedingungen wiederum nur durch den Staat erfolgen. Dieser Hinweis ist schon deswegen nicht völlig selbstverständlich, weil wir in der Praxis der Kunst- und Kulturförderung tatsächlich fast nur noch über Geld reden. Dass die Kunst inhaltlich gleichwohl nicht staatlichen Vorgaben folgen kann, will und darf, sondern gerade aus ihrer Unabhängigkeit ihre Bedeutung und Wirkung bezieht, gehört dabei zu den prinzipiell nicht mehr bestrittenen, im Konkreten aber gelegentlich durchaus unangenehmen Einsichten, die wiederum das besondere Spannungsverhältnis zwischen Politik und Kunst mit ausmachen.

Der englische Dichter und Schriftsteller Dylan Thomas hat diese Unabhängigkeit der Kunst einmal so formuliert: „Der Dichter ist sich selbst das Gesetz, und seine Größe oder Kleinheit steht und fällt damit. Er hat nur eine Begrenzung, und das ist die weitestgesteckte von allen: die Begrenzung durch die Form.“⁷ Letzteres finde ich schon deswegen bemerkenswert, weil – auf die Politik übertragen – die prinzipielle Demokratie der Kunst in diesem Gedanken eine spannende Übereinstimmung mit der Kulturpolitik findet, nämlich in der begrenzenden Form, in den „Rahmenbedingungen“ also: Mit der Frage nach dem künstlerischen Inhalt hat der Staat nichts zu tun. Welche Gedichte und Romane geschrieben, wie Opern und Theater inszeniert, welche Bilder gemalt und Ausstellungen konzipiert werden, dies alles geht die Politik nichts an. Zweck der Kulturpolitik ist es, Kultur zu ermöglichen, nicht sich selbst. Doch nirgendwo, in keinem anderen Bereich der Gesellschaft, auch unter Einbeziehung des religiösen oder kirchlichen Sektors, ist die Distanz zum Staat so groß, so demonstrativ, aber zugleich die Erwartung der Alimentierung durch den Staat so ausgeprägt, wie in Kunst und Kultur. Das scheint mir eine

⁷ Zitiert nach Karl Heinz Berger, Nachwort zu „Und dem Tod soll kein Reich mehr bleiben“, Gedichte von Dylan Marlais Thomas, hrsg. Karl Heinz Berger, Verlag Volk und Welt, Weiße Reihe, Berlin 1984.

weit verbreitete Attitüde: Der Staat hat uns zu finanzieren und im Übrigen nicht reinzureden. Aber diese Einstellung ist berechtigt, denn Kunst und Kultur haben einen berechtigten Anspruch gegenüber dem Staat, wenn es ein Kulturstaat sein will, nicht aber der Staat gegenüber Kunst und Kultur – da diese und nicht zuletzt Religion gerade jene Voraussetzungen produzieren, auf denen er beruht.

RELIGION – STAAT – GESELLSCHAFT

BAND 2

Herausgegeben von

Karlies Abmeier, Michael Borchard

Karlies Abmeier, Michael Borchard (Hg.)

Öffentliche Religion – religiöse Öffentlichkeit

2014

FERDINAND SCHÖNINGH

FERDINAND SCHÖNINGH

Titelbild:
Paul Klee, *Senecio* (1922)

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	7
<i>Marcia Pally</i>	
THEOLOGIEN DER BEZIEHUNG. NEUES GLEICHGEWICHT ZWISCHEN DEN BRÜCHEN UND FREIHEITEN DER MODERNE.....	17
<i>Rolf Schieder</i>	
SPIRITUALITÄT; GLAUBE UND DIE KIRCHEN. EMPIRISCHE BEFUNDE UND IHRE DEUTUNG	29
<i>Norbert Lammert</i>	
KULTUR, RELIGION, POLITIK. ÜBER DEN INNEREN ZUSAMMENHALT EINER GESELLSCHAFT.....	43
<i>Gabriel Motzkin</i>	
DIE RÜCKKEHR ZUR RELIGION. FUNDAMENTALISMUS UND SÄKULARISMUS IM VERGLEICH	51
<i>Ahmad Milad Karimi</i>	
VON DER GOTTSUCHE UND DER SEHNSUCHT GOTTES.....	65
<i>Traugott Jähnichen</i>	
GOTT ALS „CHIFFRE“ IN DER MODERNEN WELT. ÜBERLEGUNGEN ZUR ÖFFENTLICHEN REDE VON GOTT IN RELIGIONSPLURALEN GESELLSCHAFTEN	75
<i>Thomas Schärfl</i>	
SPIRITUALITÄT OHNE GOTT?	87
<i>Peter Heine</i>	
RÜCKWIRKUNGEN WESTLICHEN DENKENS AUF ISLAMISCHE THEOLOGIE UND IDENTITÄT	113
<i>Ulrich Khuon</i>	
GLAUBE, WELT UND DIE KUNST DES SPIELS. KINO UND THEATER ALS SEISMOGRAPHEN DER GEGENWART	121

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne
vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig.

© 2014 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Einbandgestaltung: Anna Braungart, Tübingen
Printed in Germany

Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

ISBN 978-3-506-76618-2

<i>Reinhold Zwick</i> KONTRAST-ERFAHRUNGEN MIT GOTT. THEMATISIERUNGEN DES RELIGIÖSEN IM KINO DER GEGENWART	127
<i>Johannes Rauchenberger</i> RESSOURCEN AUS DER KUNST. ÜBER SCHULD(EN), SEELENVERWANDTSCHAFTEN UND ÜBER EIN BILDERERBE AUS DER RELIGION FÜR HEUTE	139
<i>Wolfgang Ullrich</i> BLASPHEMIE ODER THEOLOGISCHE HERAUSFORDERUNG? ZUM SKANDAL UM MARTIN KIPPENBERGERS ‚GEKREUZIGTEN FROSCH‘ ...	165
<i>Lydia Koelle</i> WO SPRACHE ENDET, WIRKT DAS UNGESAGTE. ZUR LAUTWERDUNG DEUTSCHER VERGANGENHEIT IM FAMILIENGEDÄCHTNIS UND IN DER LITERATUR	175
<i>Radu Preda</i> ZWISCHEN ÖFFENTLICHKEIT UND OFFENHEIT. DIE ORTHODOXE KIRCHE IN DER AGORA NACH 1989	187
<i>Henri Ménudier</i> ASPEKTE DES KATHOLIZISMUS IN FRANKREICH	201
<i>Nicholas Baines</i> DER WEG DER KIRCHE VON ENGLAND GEGENÜBER UNWISSEN UND DISTANZ ZU RELIGIÖSEM GLAUBEN	215
<i>Isolde Karle</i> KIRCHE IN DER SPÄTEN MODERNE. HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN	225
<i>Karl Gabriel</i> ENTWELTLICHUNG. KLEINE GEMEINSCHAFT(EN) ALS ZUKUNFT DER KIRCHE?	235
<i>Daniel Deckers im Gespräch mit Bernhard Vogel</i> ZEITGENÖSSISCHE ÖFFENTLICHKEIT – GLANZ ODER ELENDE DER RELIGION?	243
AUTORENVERZEICHNIS	257

Einleitung

Die Wahrnehmung von Religion in modernen Gesellschaften ist vielschichtig und ambivalent. Das gilt sowohl für die individuelle Ebene als auch für die Beschreibung in Medien und Wissenschaft. Bezogen auf Einzelpersonen reicht das Spektrum von Menschen, die sich selbst als hochreligiös einstufen, bis zu Agnostikern und Religionslosen, die mit jeglichem Transzendenzenbezug nichts anfangen können und die Bedeutung von Religion für ihr Leben bestreiten. Dieses Phänomen lässt sich überall in Europa und an vielen Orten der Welt beobachten. Es spiegelt sich in den Medien, die einerseits in den vergangenen Jahren eine Wiederkehr der Religion prophezeit haben, aber andererseits feststellen müssen, dass in der Realität ein deutlicher Schwund an Kirchlichkeit und religiöser Praxis nicht zu übersehen ist. Die in der Soziologie lange verbreitete These vom Rückgang der Religion in der Moderne und der zunehmenden Säkularisierung ist brüchig geworden, ohne dass bislang ein neues Erklärungsmuster allgemeine Anerkennung gefunden hat. Vor dem Hintergrund von Pluralisierung und Individualisierung von Religion erkennen auch Menschen, die sich als religiös „unmusikalisch“ einstufen, die Berechtigung von religiös geprägten Stimmen im öffentlichen Diskurs an. Unstrittig ist, dass sich eine Vielzahl von Institutionen und Forschungseinrichtungen mit Religion in ihren unterschiedlichen Facetten in und für die Gesellschaft beschäftigt.

Der Einfluss von Religion auf die Einstellungen zum Leben lässt sich nicht immer leicht erkennen und vermischt sich oft mit kulturell geformten Auffassungen. Wo zeigt sich die Suche nach dem Göttlichen oder Transzendenten? In welcher Weise ist der öffentliche Raum von Religion geprägt und bestimmt? Was bedeuten Individualisierung und Pluralisierung für religiöse Haltungen? Wo sind die Grenzen zwischen öffentlich und privat in Bezug auf Religion? Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen dem Handeln der Einzelpersonen und dem Handeln der Religionsgemeinschaften als Institutionen? Wer sind die Träger einer solchen Debatte, und welche Rolle spielen sie in der Öffentlichkeit?

Oft kündigen sich gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig im Bereich der Kultur und Künste an. Insbesondere Theater, Film, Literatur und die bildenden Künste erspüren gesellschaftliche Aufbrüche und Entwicklungen, ehe diese eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Mit Sensibilität für Brüche, Verborgenes oder Unausgesprochenes können sie seismographisch Unerwartetes wahrnehmen und den Blick öffnen für Fragen, die die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten bewegen. „Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar.“ Dieses Zitat von Paul Klee (1920) ist ein Anstoß, Wahrheiten zu suchen, die sich unter der Oberfläche verbergen. Religion wie Kunst richten sich auf existenzielle Fragen. Sie haben jedoch andere Perspektiven auf die Wirklichkeit und andere Möglichkeiten, Antworten zu finden, die oft in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander stehen.